

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

wirkte<sup>1</sup>. Der Reichskanzler nahm damals die Frage so ernst, daß er im Dezember 1904 sowohl den Botschafter Grafen Metternich wie den Militärattaché Major Grafen v. der Schulenburg nach Berlin entbot, um mit ihnen über die Frage der englisch-deutschen Beziehungen zu verhandeln. Auch mit dem englischen Botschafter sprach er sich eingehend aus und faßte schließlich sein Urteil in einem Schreiben an den Kaiser vom 26. Dezember 1904 dahin zusammen, es sei die Hauptsache, „daß wir mit Geduld und Spucke über die nächsten Jahre wegkommen, keine Zwischenfälle hervorrufen, keinen sichtbaren Grund zu Argwohn geben“<sup>2</sup>. Eine englische Angriffsabsicht hielt insbesondere Graf Metternich nicht für vorliegend. König Eduard VII. sprach sich zu dem deutschen Marineattaché Kapitän z. S. Coerper dahin aus, daß er mit allen Ländern Frieden zu halten entschlossen sei, und daß England nie einen Krieg mit irgendeinem Lande provozieren werde, „mit Deutschland am allerwenigsten, denn einmal liegt absolut kein Grund dazu vor, und dann würde ein Krieg zwischen beiden Ländern das größte Unglück für beide sein“<sup>3</sup>. Die Besorgnis vor England blieb aber bei den deutschen Staatsmännern immer lebendig, und gerade die Sorge vor England war es auch, die nach Bülow's Ansicht die Beschränkung der russischen Vertragshilfe auf Europa so einschneidend machte, denn wenn die Möglichkeit eines russischen Vorgehens in Asien ausdrücklich ausgeschaltet wurde, so lag für England um so weniger Anlaß vor, einen Angriff auf Deutschland zu unterlassen<sup>4</sup>.

Aus den Akten des Auswärtigen Amtes geht nicht mit völliger Klarheit hervor, was den Fürsten Bülow dazu veranlaßt hat, die Beschränkung der russischen Vertragshilfe auf Europa damals für so bedeutsam zu halten, daß er am 3. August sein Rücktrittsgesuch einreichte. Der Kaiser war aufs tiefste betroffen. Mit allen Mitteln persönlichster Überredungskunst erreichte er es, daß Bülow sein Entlassungsgesuch zurückzog; deutete er doch in seinem Schreiben vom 11. August aus Wilhelmshöhe sogar an, daß er den Abgang des Kanzlers nicht zu überleben gedenke<sup>5</sup>.

Inzwischen hatten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schon seit Monaten Erörterungen über eine möglichst baldige Beendigung des russisch-japanischen Krieges stattgefunden. Kaiser Wilhelm II. und Präsident Roosevelt wirkten in dem Bestreben zusammen, Japan auch im Falle seines vollständigen Sieges zu Wasser und zu Lande zu einer Mäßigung seiner Bedingungen, Rußland aber zu einer entgegenkommenden Haltung zu bewegen.

<sup>1</sup> Gr. Pol. Nr. 6149—6152.

<sup>2</sup> Gr. Pol. Nr. 6157.

<sup>3</sup> Bericht vom 12. Januar 1905; Gr. Pol. Nr. 6161.

<sup>4</sup> Gr. Pol. Nr. 6229.

<sup>5</sup> Gr. Pol. Nr. 6237.